

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/041(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 18.05.2017	Ratssaal	14:00Uhr	19:10Uhr

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 040.(VI) Sitzung des Stadtrates am 20.04.2017 - öffentlicher Teil
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Aktuelle Debatte "Magdeburg sein, Kulturhauptstadt werden" Interfraktionell
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Personalangelegenheiten - Fraktionen  
BE: Oberbürgermeister

DS0479/16

6.1.1	Personalangelegenheiten - Fraktionen Interfraktionell	DS0479/16/1
6.1.1.1	Personalangelegenheiten - Fraktionen Ausschuss VW	DS0479/16/1/1
6.2	Entfristung von Asylstellen BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0103/17
6.2.1	Entfristung von Asylstellen Fraktion DIE LINKE/future!	DS0103/17/1
6.3	Entfristung der Personalstellen für die Betreuung, Begleitung und administrative Abwicklung der Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) im Jugendamt BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0028/17
6.3.1	Entfristung der Personalstellen für die Betreuung, Begleitung und administrative Abwicklung der Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) im Jugendamt Fraktion DIE LINKE/future!	DS0028/17/1
6.4	Änderung der Anlage zur Satzung über die Entschädigung Tätiger bei Wahlen und Entscheiden (Erfrischungsgeldsatzung) BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0113/17
6.5	Sicherung des Beschulungsbedarfes an Förderschulen BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0202/17
6.5.1	Sicherung des Beschulungsbedarfes an Förderschulen Ausschuss BSS	DS0202/17/1
6.6	Aufhebung der Schulbezirke der Sekundarschulen BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0203/17
6.7	Behandlung der Stellungnahmen zur 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Westerhüsen West" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0018/17
6.8	17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Westerhüsen West" Feststellungsbeschluss BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0019/17
6.9	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 242-1A "Elbebahnhof" zur Gemeindestraße, 39104 Magdeburg BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0058/17
6.10	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 256-4 "Puppendorf/Berliner Chaussee" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0471/16

6.11	Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 256-2 "Wohnpark Hohefeld" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0507/16
6.11.1	Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 256-2 "Wohnpark Hohefeld" Ausschuss StBV	DS0507/16/1
6.12	Grundsatzbeschluss zur Verkehrsuntersuchung Süd/Südost und Verkehrskonzeption für die Stadtteile Leipziger Straße/Hopfengarten/Salbke und Westerhüsen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr VV v. 18.08.2016/16.03.2017	DS0444/15
6.12.1	Grundsatzbeschluss zur Verkehrsuntersuchung Süd/Südost und Verkehrskonzeption für die Stadtteile Leipziger Straße/Hopfengarten/Salbke und Westerhüsen Oberbürgermeister	DS0444/15/2
6.12.2	Grundsatzbeschluss zur Verkehrsuntersuchung Süd/Südost und Verkehrskonzeption für die Stadtteile Leipziger Str./Hopfengarten/Salbke und Westerhüsen Fraktion CDU/FDP/BfM und Fraktion LINKS für Magdeburg	DS0444/15/3
6.13	Zwischenabwägung zum Bebauungsplan Nr. 216-2 "Westlich Damaschkeplatz" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr VV v. 16.03.2017	DS0487/16
6.14	Öffentliche Auslegung des 4. Entwurfs zum B-Plan Nr. 216-2 "Westlich Damaschkeplatz" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr VV v. 16.03.2017	DS0488/16
6.15	Grundsatzbeschluss BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0474/16
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.1	Würdigung von August Wilhelm Francke Fraktion CDU/FDP/BfM VV v. 23.02.2017	A0026/17
7.1.1	Würdigung von August Wilhelm Francke	S0058/17
7.2	Ausfallbürgschaft für das Kaiser Otto-Fest 2017 SR`n Schumann, SR Schumann - Fraktion CDU/FDP/BfM SR Müller - Fraktion DIE LINKE/future! VV v. 23.02.2017	A0029/17
7.2.1	Ausfallbürgschaft für das Kaiser Otto-Fest 2017 SPD-Stadtratsfraktion	A0029/17/1

7.2.2	Ausfallbürgschaft für das Kaiser Otto-Fest 2017	S0089/17
	Neuanträge	
7.3	Verkehrslösung im Bereich Friedensweiler Fraktion CDU/FDP/BfM und SPD-Stadtratsfraktion	A0085/17
7.4	Bauzaun am neuen Domplatzviertel gestalten Stadtrat Müller und Stadtrat Wendenkampf - Fraktion DIE LINKE/future!	A0088/17
7.5	Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0084/17
7.6	Eilentscheidung Sanierung der MDCC Arena Fraktion Magdeburger Gartenpartei	A0091/17
7.7	Übergangsweise provisorische barrierefreie Haltestellen stadtweit prüfen Stadtrat Müller und Stadtrat Hempel - Fraktion DIE LINKE/future!	A0086/17
7.7.1	Übergangsweise provisorische barrierefreie Haltestellen stadtweit prüfen SPD-Stadtratsfraktion	A0086/17/1
7.8	Lutherlinde und Gedenktafel auf dem Ulrichplatz Fraktion Magdeburger Gartenpartei	A0083/17
7.9	Verband der „Gartenfreunde Magdeburg“ e.V. Rückforderung der Rücklaufgelder aus Pacht-nachlässen in Höhe von 450.000 € Fraktion Magdeburger Gartenpartei	A0087/17
7.10	Grundschulbau in Ottersleben Ausschuss BSS	A0079/17
7.10.1	Grundschulbau in Ottersleben Fraktion CDU/FDP/BfM	A0079/17/1
7.11	Verwendung von Schul- und Sportgebäuden Ausschuss BSS	A0080/17
7.12	Ärztmangel entgegenwirken - Bevölkerungsversorgung optimieren! Fraktion LINKS für Magdeburg	A0081/17
7.13	Zuweisungen an Grundschulen überprüfen Fraktion DIE LINKE/future!	A0089/17
7.14	Personelle Ausstattung an den Schulen verbessern, Anteil des nicht regulär gehaltenen Unterrichts reduzieren Fraktion DIE LINKE/future!	A0090/17

- 8 Einwohnerfragestunde  
Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch
- 9 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung  
Aufgrund der Aktuellen Debatte werden alle Anfragen schriftlich beantwortet!
- 9.1 Anzahl der Schüler/innen-Zuweisungen an Grundschulen auf Basis aktueller Beschlusslage  
SR Jannack F0114/17
- 9.2 Sanktionierung hilfebedürftiger Bürgerinnen und Bürger durch das Jobcenter Magdeburg  
SR`n Tybora F0113/17
- 9.3 „Spurloseinbrüche“ und Wobau  
SR Müller F0115/17
- 9.4 Fragen zu schulpolitischen Themen  
SR Jannack F0119/17
- 9.5 Energie- und Klimabilanz  
SR Assmann F0116/17
- 9.6 Ökostrom  
SR Assmann F0117/17
- 9.7 Verbesserung der Fußgänger-Radfahrer-Beziehung entlang der Elbuferpromenade  
SR Hausmann und SR Denny Hitzeroth F0120/17
- 9.8 Parksituation in der Oebisfelder Straße  
SR Ehelebe und SR Hausmann F0121/17
- 9.9 Fahrgastinformationsanzeigen an den Haltestellen  
SR Buller F0122/17
- 9.10 Sanierungsgebiet Magdeburg-Buckau, Sanierung der Schönebecker Straße  
SR Guderjahn F0123/17
- 9.11 Höhe der Kosten für den Magdeburger Citytunnel am Hauptbahnhof per 30.04.2017  
SR Zander F0124/17
- 9.12 Übersicht zu Anzahl der Eildrucksachen und Verfristungen  
SR Müller F0126/17
- 9.13 Ausstattung der Stadträte mit verlässlich funktionstüchtiger Technik und Programmen zur Ausübung des Ehrenamtes  
SR Zander F0125/17

9.14	Arbeit des Gesundheitsamtes SR Köpp	F0127/17
9.15	Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien für unsere Schulen SR Köpp	F0128/17
10	Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 KVG LSA	
10.1	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Absatz 4 KVG LSA über die überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für Maßnahme I 126166030 - Ertüchtigung der Anna-Ebert-Brücke als Behelfsbrücke	I0120/17
11	Informationsvorlagen	
11.1	Projektstatus zur Umsetzung des Investitionsprogramms des Bundes "Kinderbetreuungsfinanzierung - 2015 bis 2018" (Bundeskrippenausbauprogramm)	I0085/17
11.2	Sponsoringleistungen 2016 für die Landeshauptstadt Magdeburg	I0099/17
11.3	Kooperationsvereinbarung zur Stadtbaumkampagne zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Allianz Umweltstiftung	I0090/17
11.4	Innovations- und Gründerpreis	I0104/17
11.5	Verleihung des Stipendiums „Magdeburg-Stipendium für ein soziales Engagement internationaler Studierender der Hochschule Magdeburg-Stendal"	I0119/17
11.6	Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) gemäß § 22 Abs. 1 SGB II, Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten gemäß § 22 Abs. 6 SGB II und abweichende Erbringung von Leistungen gemäß § 24 Abs. 3 SGB II	I0094/17
11.7	Vorlage eines Straßenbahnzielnetzplanes	I0024/17
11.8	Sichere Abstellanlagen - Grundlage zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls	I0015/17

## Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann eröffnet die 41.(VI) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	39	“	“
maximal anwesend	47	“	“
entschuldigt	10	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann begrüßt die Kinder aus der Kita „Marienkäfer“ und den Chor des Hegel-Gymnasiums, die anlässlich der in wenigen Wochen beginnenden Kinderkulturtage den Kinderkultursong vortragen.

Auf Antrag des Jugendhilfeausschusses wählt der Stadtrat gemäß § 5 Absatz 5 der Satzung des Jugendamtes einstimmig:

### Beschluss-Nr. 1400-041(VI)17

als Mitglied für den Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Magdeburg benennt das Landesschulamt Frau Sylvia Sonnenberg. Im Vertretungsfall nimmt Herr Torsten Schulz an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teil.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

### Beschluss-Nr. 1401-041(VI)17

Im Seniorenbeirat wird anstelle von Frau Ursula Biedermann Frau Astrid Pierau mitarbeiten.

Auf Antrag der Fraktion LINKS für Magdeburg nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1402-041(VI)17

als sachkundigen Einwohner wird für den Ausschuss BSS Herr Dr. Frank Thiel benannt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**1. zurückgezogene TOP**

Der TOP 11.5 – I0119/17 – wurde von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

**2. Hinweis**

Durch die Durchführung der Aktuellen Debatte unter TOP 5 verschieben sich die nachfolgenden Tagesordnungspunkte.

Der TOP 9 – Anfragen an die Verwaltung entfällt.

Die Beantwortung der vorliegenden Anfragen erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Der TOP 13.6 – DS0474/16 wird im öffentlichen Teil als TOP 6.15 behandelt.

Dem Antrag des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Schumann, zum TOP 5 – Aktuelle Debatte – Herrn Prof. Dr. Schmidt – Berater Kulturhauptstadt - das Rederecht zu erteilen, wird vom Stadtrat einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag der SPD-Stadratsfraktion, die Aktuelle Debatte erst um 15.30 Uhr durchzuführen, wird vom Stadtrat einstimmig zugestimmt.

Die veränderte Tagesordnung der 041.(VI) Sitzung des Stadtrates am 18.05.2017 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 040.(VI) Sitzung des Stadtrates am 20.04.2017 - öffentlicher Teil
- 

Das Beschlussprotokoll der 040.(VI) Sitzung des Stadtrates am 20.04.2017 – öffentlicher Teil - wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

5. Aktuelle Debatte "Magdeburg sein, Kulturhauptstadt werden"  
Interfraktionell
- 

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller begründet den Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Debatte zum Thema „Magdeburg sein, Kulturhauptstadt werden“. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle stellt Herrn Prof. Dr. Schmidt, Berater Kulturhauptstadt, vor.

Herr Prof. Dr. Schmidt erhält das Rederecht und geht anhand einer Präsentation auf die Schwerpunkte einer Bewerbung als Kulturhauptstadt ein. (**Anlage 2**)

Im Anschluss geht der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle auf die Frage, wo Magdeburg in der Bewerbung steht ein. (**siehe Anlage 2**)

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. (**Anlage 3**)

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. (**Anlage 4**)

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. (**Anlage 5**)

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. (**Anlage 6**)

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg Stadtrat Theile gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 7)**

## 6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

---

### 6.1. Personalangelegenheiten - Fraktionen

DS0479/16

---

BE: Oberbürgermeister

---

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future! und Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklären gemäß § 33 KVG LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0479/16/1/1.

Es liegt der interfraktionelle Änderungsantrag DS0479/16/1 vor.

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg Stadtrat Theile nimmt kritisch zur vorliegenden Drucksache DS0479/16, insbesondere zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages, Stellung. Er zitiert aus Schreiben vom Landesrechnungshof, in dem von einer Gleichbehandlung gesprochen wird und dies bei der vorliegenden Drucksache DS0479/16 nicht berücksichtigt wurde. Er beantragt die namentliche Abstimmung zum Beschlusspunkt 2 der vorliegenden Drucksache DS0479/16.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, dass der Arbeitgeber die Fraktion ist und nicht die Stadt. Die Entscheidung über die Eingruppierung trifft deshalb die Fraktion.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, welchen Mehraufwand die größeren Fraktionen haben.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke verweist in seinen Ausführungen auf den jahrelang laufenden Prozess in dieser Frage und kann die hier geführte Diskussion nicht nachvollziehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Prüfung des Landesrechnungshofes und stellt klar, dass die Stadt nur als Dienstleister agiert.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster erklärt, dass bereits alles geprüft wurde und eine erneute Diskussion zu keinen neuen Erkenntnissen führt.

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg Stadtrat Theile stellt im Ergebnis der Diskussion klar, dass er von Anfang an die Position einer Gleichbehandlung vertritt.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE/future! fragt ebenfalls nach den Grund der Ungleichbehandlung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegenden Änderungsantrag DS0479/16/1/1 des Ausschusses VW mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Punkt 6 Satz 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt formuliert (Änderung **fett**):

„Bei Zusammenschlüssen mehrerer Fraktionen zu einer neuen Fraktion oder bei Auflösung einer Fraktion innerhalb einer Wahlperiode **werden die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter/-innen der untergegangenen Fraktion schnellstmöglich durch den zuständigen Fraktionsvorsitzenden beendet (Auflösung oder Kündigung des Arbeitsverhältnisses). Es müssen die entsprechenden Fristen Berücksichtigung finden.**“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann stellt die Drucksache DS0479/16 in der Fassung des geänderten Änderungsantrages DS0479/16/1 zur Abstimmung.

Gemäß der Punkte 1, 3 – 10 des vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrages DS0479/16/1 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0479/16/1/1 des Ausschusses VW mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 1403-041(VI)17

1. Die Definition einer Fraktion gem.§44 KVG LSA erfolgt bezogen auf die Größe allein nach der Anzahl der Mitglieder, ohne Benennung des Namens.
  - 1.1. Eine große Fraktion besteht aus mindestens 10 Mitgliedern. Die Personalausstattung der Fraktionsgeschäftsstelle einer großen Fraktion besteht aus 1 Geschäftsführer/-in, 1 Assistent/-in und 1 Mitarbeiter/-in.
  - 1.2. Eine mittlere Fraktion besteht aus mindestens 5 Mitgliedern. Die Personalausstattung der Fraktionsgeschäftsstelle einer mittleren Fraktion besteht aus 1 Geschäftsführer/-in und 1 Mitarbeiter/-in.
  - 1.3 Eine kleine Fraktion besteht aus mindestens 3 Mitgliedern. Die Personalausstattung der Fraktionsgeschäftsstelle einer kleinen Fraktion besteht aus 1 Geschäftsführer/-in.
3. Die Stellenbewertung der Assistenten erfolgt mit EG 9. Anlage 4 Arb\_platz\_bewertung und –beschreibung.
4. Die Stellenbewertung der Mitarbeiter/-innen erfolgt mit EG 6. Anlage 5 Arb.platz bewertung und -beschreibung.
5. Die Personalkosten der Fraktionen können auf mehrere Stellen gesplittet werden. Voraussetzung ist, dass die Gesamtsumme der Personal- und der Sachkosten (u.a. Büroausstattung) nicht überschritten wird.
6. Die Änderung des Namens einer Fraktion innerhalb einer Wahlperiode stellt keine Fraktionsneubildung dar. Jedoch ist die Namensänderung einer Fraktion durch Ergänzungen

der Arbeitsverträge der Mitarbeiter zu dokumentieren. Bei Zusammenschlüssen mehrerer Fraktionen zu einer neuen Fraktion oder bei Auflösung einer Fraktion innerhalb einer Wahlperiode werden die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter/-innen der untergegangenen Fraktion schnellstmöglich durch den zuständigen Fraktionsvorsitzenden beendet (Auflösung oder Kündigung des Arbeitsverhältnisses). Es müssen die entsprechenden Fristen Berücksichtigung finden.“

Bis einen Monat nach Auflösung der Fraktion ist ein Konto- und Kassenabschluss der Fraktionskostenzuschüsse zu erstellen und beim Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung einzureichen.

7. Zum 31.03. des Folgejahres bzw. zum Ende einer Wahlperiode (bis zur konstituierenden Sitzung in einer neuen Wahlperiode) und gemäß Beschlusspunkt 6 sind Abschlüsse der jährlichen Verwendungsnachweise der Fraktionskostenzuschüsse (Konto und Kasse) auszufertigen und von den Kassenprüfern der Fraktion bestätigen zu lassen. Diese sind gem. Richtlinie zur Verwendung der Fraktionskostenzuschüsse dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung einzureichen.

8. Folgende Stadtratsbeschlüsse werden aufgehoben:

- Beschluss – Nr. 1809-63(V) 13 zur DS0154/13 vom 02.05.2013
- Beschluss - Nr. 139-4(II) 94 (Punkte 1 und 2) zur DS0506/94 vom 06.10.1994
- Beschluss - Nr. 1389-68(II)97 zu den Anträgen A1086/97 und A1090/97 vom 09.10.1997

9. Den Fraktionen werden Räumlichkeiten zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestellt. Die Zuweisung der Räume erfolgt in Abhängigkeit der Fraktionsgröße, der Zahl der Fraktionen und der im Rathaus verfügbaren Räumlichkeiten durch den Oberbürgermeister. In der kostenlosen Nutzung sind die Miete, Energie, Heizung, Reinigung, Telefon (Festnetz)- und Telefax-Benutzung, eine angemessene IT Ausstattung sowie die Bereitstellung von Einrichtungsgegenständen eingeschlossen.

10. Es ist zu prüfen, ob im Jahr einer Kommunalwahl den Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen, die bei ihrer Fraktion sowohl vor als auch nach der Kommunalwahl beschäftigt sind, die auch sonst jährlich fällig werdende Jahressonderzahlung gewährt werden kann.

Es erfolgt die namentliche Abstimmung zum Beschlusspunkt 2. **(Anlage 8)**

Gemäß Punkt 2 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat mit 27 Ja-, 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1404-0041(VI)17

2. Basierend auf vorliegenden Stellenbeschreibungen erfolgt die Eingruppierung der Geschäftsführer/-innen einer großen Fraktion mit EG 13, der Geschäftsführer/-innen einer mittleren und kleinen Fraktion mit EG 11.

Mit der Beschlussfassung zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0479/16/1 hat sich eine Beschlussfassung zur vorliegenden Drucksache DS0479/16 **erübrigt**.

6.2. Entfristung von Asylstellen

DS0103/17

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine  
Verwaltung

---

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag DS0103/17/1 ein.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz erklärt, dass er die Intention des Änderungsantrages DS0103/17/1 der Fraktion DIE LINKE/future! nachvollziehen kann, man aber differenziert vorgehen sollte. Er informiert über das Vorgehen der Verwaltung und hält fest, dass es sich hierbei um einen rechtlich komplexen Vorgang handelt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist in diesem Zusammenhang auf ein Schreiben vom Innenministerium, wo klar gesagt wird, dass die Stadt auf Dauer die Kosten für das eingestellte Personal tragen wird. Diese betragen für die vorliegende Drucksache DS0103/17 und der folgenden Drucksache DS0028/17 über 3 Mio Euro.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 6 Enthaltungen:

Der vorliegende Änderungsantrag DS0103/17/1 der Fraktion DIE LINKE/future! –

Der Beschlussvorschlag wird im Punkt 1 wie folgt ergänzt:

Dabei wird darum gebeten, die Stelleninhaber/innen, die aktuell mindestens sechs Monate lang im Amt sind, entsprechend weiter zu beschäftigen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1405-041(VI)17

- 1) Die Entfristung von 56,5 flüchtlingsbezogenen Stellen, die zusätzlich in den Stellenplan 2016 aufgenommen wurden und befristet für 2 Jahre besetzt wurden.

Diese verteilen sich auf:

- 22 Stellen in der Ausländerbehörde
- 27,5 Stellen im Sozial- und Wohnungsamt
- 5 Stellen im Jobcenter
- 2 Stellen in der Volkshochschule

und sind in der Begründung nach Leistungen und Stellenwert getrennt ausgewiesen.

- 2) Sofern ein weiterer flüchtlingsinduzierter Mehrbedarf an Personal entsteht, dürfen bei Überschreitung der Fallzahlschlüssel entsprechend der DS0109/15 die unbesetzten Asyl-Stellen bei Bedarf befristet besetzt werden.

6.3.	Entfristung der Personalstellen für die Betreuung, Begleitung und administrative Abwicklung der Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) im Jugendamt	DS0028/17
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit		

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag DS0028/17/1 der Fraktion DIE LINKE/future! vor.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 8 Jastimmen:

Der Änderungsantrag DS0028/17/1 der Fraktion DIE LINKE/future! –

*Der Beschlussvorschlag wird im Punkt 1 wie folgt ergänzt:*

Dabei wird darum gebeten, die Stelleninhaber/innen, die aktuell mindestens sechs Monate lang im Amt sind, entsprechend weiter zu beschäftigen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1406-041(VI)17

die Entfristung der Stellen für nachfolgende Aufgaben:

1. Unterbringung und Begleitung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in einer neu geschaffenen Clearingstelle (Team 51.37.3) - insg. 14 Stellen: 1 x Ltg.; 3 x SozA; 9 x Erz.; 1 x Hausmeister
2. Inobhutnahme und Steuerung von Hilfen zur Erziehung sowie Regelung des Sorgerechts durch ein spezialisiertes Team der Persönlichen Hilfen (Team 51.36) - insg. 5 Stellen: 1 x Ltg.; 4 x SozA
3. Administrative Abwicklung der Hilfen durch die Wirtschaftliche Erziehungshilfe (Team 51.35; Hilfebewilligung, Abrechnung von Hilfen, Abrechnung mit dem Kostenträger) - 2 Stellen SB

4. Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Ausländer und Organisation eines Kreises von ehrenamtlichen Vormündern (Team 51.52) - 2 Stellen SB
5. Ausbau und weitere Begleitung von Plätzen in der Kindertagesbetreuung für den gestiegenen Platzbedarf (Team 51.41; im Wesentlichen für Kinder von erwachsenen Geflüchteten) - 1 Stelle SozA

Im Nachgang der Beschlussfassung erklärt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass es keine Rechtsgrundlage gibt, dass die Kosten durch die Stadt zu tragen sind.

Bezüglich der kritischen Anmerkung des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller, zur Einhaltung der Geschäftsordnung, erklärt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann, dass es sein Fehler war, die Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper nach der Beschlussfassung zuzulassen.

- |      |                                                                                                                        |           |
|------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 6.4. | Änderung der Anlage zur Satzung über die Entschädigung<br>Tätiger bei Wahlen und Entscheiden (Erfrischungsgeldsatzung) | DS0113/17 |
|      | BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine<br>Verwaltung                                                    |           |
- 

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 43 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1407-041(VI)17

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Anlage zur Satzung über die Entschädigung Tätiger bei Wahlen und Entscheiden (Erfrischungsgeldsatzung) vom 05. November 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 33 vom 13. November 2015.

## 6.5. Sicherung des Beschulungsbedarfes an Förderschulen

DS0202/17

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

---

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0202/17/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Heynemann bringt den Änderungsantrag DS0202/17/1 ein.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle verweist auf die umfangreiche Diskussion im Ausschuss BSS und erklärt, dass eine Containerlösung den möglichen Anbau an der Regenbogenschule erschwert. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung die Ausweichmöglichkeit an der Comeniusschule favorisiert.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0202/17/1 des Ausschusses BSS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 2 ist wie folgt zu formulieren:

2. Die FÖSG „Regenbogenschule“ wird nicht verlagert und am Standort sind Container aufzustellen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0202/17/1 des Ausschusses BSS mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1408-041(VI)17

1. Für die Förderschule K „Schule am Fermersleber Weg“ wird die Außenstelle an der FÖSL „Comeniusschule“ (Standort: Kritzmannstr. 2), ab Schuljahr 2017/18, geschlossen.
2. Die FÖSG „Regenbogenschule“ wird nicht verlagert und am Standort sind Container aufzustellen.

## 6.6. Aufhebung der Schulbezirke der Sekundarschulen

DS0203/17

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

---

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt die Drucksache DS0203/17 ein und erläutert den Hintergrund. Er verweist dabei u.a. auf die Beschlusslage des Stadtrates, dass Gemeinschaftsschulen zu präferieren sind. Er erklärt am Beispiel der Schule in der Umfassungsstraße, dass die Verteilung der Schüler (65 % Ausländeranteil) immer mehr zum Problem wird und hält dies für den falschen Weg.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0203/17. Er merkt weiter an, dass das vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper geschilderte Problem von allen gelöst werden muss und auch die Stadt in der Pflicht ist, Lösungen zu finden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass es sich bei seinen Ausführungen um keine Schuldzuweisungen handelt.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Heynemann verweist auf die Diskussion im Ausschuss und geht auf die Frage der Zuständigkeit der Stadt ein. Er plädiert dafür, die rechtlichen Schritte auszunutzen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und des Vorsitzenden des Ausschusses BSS Herrn Heynemann. Er weist im Weiteren auf die stattfindende Bildungskonferenz hin und ermuntert die Stadträtinnen und Stadträte zur regen Teilnahme.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1409-041(VI)17

Ab sofort werden die Schulbezirke der auslaufenden Sekundarschulen aufgehoben.  
Die jeweilige Kapazität der Standorte (Anlage) wird beschlossen.  
Die Sportsekundarschule ist davon nicht berührt.

6.7.	Behandlung der Stellungnahmen zur 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Westerhüsen West"	DS0018/17
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1410-041(VI)17

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB, der städtischen Gesellschaften und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes zur 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 (7) und § 3 (2) BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung unter Angabe der Gründe gemäß § 3 (2) BauGB entfällt.

6.8. 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Westerhüsen West" DS0019/17  
Feststellungsbeschluss

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1411-041(VI)17

1. Der Stadtrat beschließt die 17. Änderung des Flächennutzungsplanes und billigt die zugehörige Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 (5) Satz 3 BauGB.
2. Der Oberbürgermeister wird gemäß § 6 (1) BauGB beauftragt, für die 17. Änderung des Flächennutzungsplanes die Genehmigung beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt zu beantragen. Die Erteilung der Genehmigung ist ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung wird die 17. Änderung zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg wirksam.

6.9. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 242-1A DS0058/17  
"Elbebahnhof" zur Gemeindestraße, 39104 Magdeburg

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1412-041(VI)17

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Straße Zur Hubbrücke (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 242-1A „Elbebahnhof“ zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6.10. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 256-4  
"Puppendorf/Berliner Chaussee"

DS0471/16

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1413-041(VI)17

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie § 13a BauGB soll für das Gebiet, mit dem Flurstück 1180/31 der Flur 724 ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird in Anwendung des §13 Abs. 3 Satz 1 BauGB abgesehen.

Das vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:  
Entwicklung der Brache zu einer Wohnnutzung. Das Maß der baulichen Nutzung wird aus der Umgebung abgeleitet. Der aufzustellende Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der LH MD entwickelt. Im Flächennutzungsplan ist dieses Gebiet als Wohnbaufläche dargestellt.

6.11. Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr.  
256-2 "Wohnpark Hohefeld"

DS0507/16

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0507/16/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube bringt den Änderungsantrag DS0507/16/1 ein.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert gegen den vorliegenden Änderungsantrag DS0507/16/1 und hält fest, dass es sich hier um ein hochwassergefährdetes Gebiet handelt.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, erinnert an die Diskussion zur Verkehrsführung in Ostelbien und erklärt, dass es langfristig Ziel sein muss, eine 3. Elbquerung zu bauen. Er spricht sich ebenfalls gegen eine ÖPNV-Bindung durch die Wohngebiete aus.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube ein. Er merkt an, dass die meisten Anwohnerinnen und Anwohner sich eine Verkehrsberuhigung in ihrem Wohngebiet wünschen. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum vorliegenden Änderungsantrag DS0507/16/1.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt, dass seine Fraktion für eine Flächenausweitung für den Bau von Eigenheimen ist und diese an den ÖPNV angebunden werden müssten. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses StBV erläutert er nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0507/16/1.

Stadtrat Denny Hitzeroth, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich ebenfalls für die Annahme des Änderungsantrages DS0507/16/1 des Ausschusses StBV aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegenden Änderungsantrag DS0507/16/1 des Ausschusses StBV:

Der Beschlussvorschlag wird um den Beschlusspunkt 4 erweitert und lautet wie folgt:

4. Der Hohefeld-Privatweg erhält im Plangebiet durchgehend eine regelrechte Straßenbreite von 10 m.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0507/16/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 1414-041(VI)17

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 256-2 „Wohnpark Hohefeld“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
2. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren weitergeführt.  
Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird in Anwendung des § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB abgesehen.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 256-2 „Wohnpark Hohefeld“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen. Die von der Änderung des Entwurfs betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind erneut gemäß § 4a Abs. 3 BauGB zu beteiligen.

4. Der Hohefeld-Privatweg erhält im Plangebiet durchgehend eine regelrechte Straßenbreite von 10 m.

- 6.12. Grundsatzbeschluss zur Verkehrsuntersuchung Süd/Südost und Verkehrskonzeption für die Stadtteile Leipziger Straße/Hopfengarten/Salbke und Westerhüsen DS0444/15  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr  
VW v. 18.08.2016/16.03.2017
- 

Die Ausschüsse UwE und WTR empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss StBV hat die Drucksache DS0444/15 vertagt.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube erklärt, dass es im Ausschuss noch Diskussionsbedarf gibt und die Drucksache DS0444/15 am 01.06.2017 behandelt wird. Er bringt den GO-Antrag – Zurücküberweisung der Drucksache DS0444/15 in den Ausschuss StBV – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, dass die Verwaltung eine Entscheidung in dieser Frage braucht.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Die Drucksache DS0444/15 und die vorliegenden Änderungsanträge DS0444/15/2 und DS0444/15/3 werden in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.13. Zwischenabwägung zum Bebauungsplan Nr. 216-2 "Westlich Damaschkeplatz" DS0487/16  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr  
WV v. 16.03.2017
- 

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV hat die Drucksache DS0487/16 vertagt.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube bringt den Go-Antrag – Zurücküberweisung der Drucksache DS0487/16 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Drucksache DS0487/16 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.14. Öffentliche Auslegung des 4. Entwurfs zum B-Plan Nr. 216-2 DS0488/16  
"Westlich Damaschkeplatz"  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr  
WV v. 16.03.2017
- 

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV hat die Drucksache DS0488/16 vertagt.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube bringt den Go-Antrag – Zurücküberweisung der Drucksache DS0487/16 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Drucksache DS0488/16 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.15. Grundsatzbeschluss DS0474/16  
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 

Die Ausschüsse Juhi, FG und der BA KGM empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1415-041(VI)17

1. Der Stadtrat beschließt die Sanierung und den Umbau des Objektes Virchowstr.4, 39104 Magdeburg sowie die nachfolgende Nutzung durch das Jugendamt als kommunale Einrichtung der Jugendhilfe - ein auf das Kindeswohl ausgerichtetes sozialpädagogisches Kriseninterventionszentrum - im Besonderen zur hoheitlichen Aufgabe der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen gem. §§ 42/42a SGB VIII. Das Raum- und Nutzungskonzept (Anlage 2) wird bestätigt.
2. Der Stadtrat beschließt die Deckung der entstehenden Kosten für Sanierungs- und Umbaumaßnahmen sowie für die spätere Nutzung aus kommunalen Mitteln. Hierfür werden zunächst 50.000,00 EUR Planungsmittel im Haushalt 2017 konsumtiv im DK HzE außerplanmäßig bereitgestellt. Eine Prüfung alternativer (Re)-finanzierungsmöglichkeiten ist unabhängig von der Bereitstellung der erforderlichen kommunalen Haushaltsmittel vorzunehmen.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

---

7.1. Würdigung von August Wilhelm Francke A0026/17  
 Fraktion CDU/FDP/BfM  
 WV v. 23.02.2017

---

Die Ausschüsse WTR, K und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0026/17 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1416-041(VI)17

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür zu sorgen, dass das Jubiläum der Ernennung von August Wilhelm Francke zum Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, welches sich am 27. Mai 2017 zum 200. Mal jährt, in einer angemessenen Veranstaltung oder auf einer anderen Weise gebührend gewürdigt wird.

7.2. Ausfallbürgschaft für das Kaiser Otto-Fest 2017 A0029/17  
 SR`n Schumann, SR Schumann - Fraktion CDU/FDP/BfM  
 SR Müller - Fraktion DIE LINKE/future!  
 WV v. 23.02.2017

---

Die Ausschüsse K, KRB, WTR und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt den Änderungsantrag A0029/17/1 ein.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich im Namen seiner Fraktion, vehement gegen den vorliegenden Änderungsantrag A0029/17/1 der SPD-Stadtratsfraktion und den interfraktionellen Antrag A0029/17 aus. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das klare Bekenntnis des Stadtrates zur weiteren Durchführung des Kaiser-Otto-Festes.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future!, dankt im Rahmen seiner Ausführungen allen ehrenamtlichen Akteuren des Kaiser-Otto-Festes.

Eingehend auf die Argumentation des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klar, dass das Kaiser-Otto-Fest keine kommerzielle Veranstaltung ist. Er hält fest, dass dieses Fest mit kulturellem Charakter sich von anderen Festen absetzt. In diesem Zusammenhang informiert Herr Dr. Trümper darüber, dass der

Geschäftsführer des Kaiser-Otto-Festes das Fest im nächsten Jahr nicht mehr weiterführen wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 12 Ja-, 17 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0029/17/1 der SPD-Stadtratsfraktion –

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt zur Absicherung des Kaiser-Otto-Festes zusätzlich 15.000 € zur Verfügung. Sollte die Besucherzahl des Festes die Grenze von 21.000 Besuchern unterschreiten, wird der Kaiser-Otto-Fest GmbH die Differenz zwischen tatsächlicher Besucherzahl und der Grenze von 21.000 mit je 6 € pro fehlendem Besucher bis zur Höhe von maximal 15.000 € bezuschusst. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bi 9 Jastimmen und 6 Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 1417-041(VI)17

Der interfraktionelle Antrag A0029/17 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Absicherung der Durchführung des Kaiser Otto-Festes 2017 der Kaiser Otto-Fest GmbH eine Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 25 TSDE zu gewähren. –

wird **abgelehnt**.

### Neuanträge

7.3.	Verkehrslösung im Bereich Friedensweiler	A0085/17
Fraktion CDU/FDP/BfM und SPD-Stadtratsfraktion		

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0085/17 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM und SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0085/17 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

7.4. Bauzaun am neuen Domplatzviertel gestalten A0088/17

Stadtrat Müller und Stadtrat Wendenkampf - Fraktion DIE  
LINKE/future!

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0088/17 in den Ausschuss StBV vor.

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0088/17 in den Ausschuss K vor.

Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt die Einzelabstimmung der beiden GO-Anträge.

Im Ergebnis der Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann zu Gestaltungsplänen des Bauzaunes seitens der Investoren zieht der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0088/17 in den Ausschuss StBV – **zurück**. Er bittet darum, den Antrag A0088/17 als Prüfantrag zu formulieren.

Gemäß modifiziertem Antrag A0088/17 der Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 16 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1418-041(VI)17

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, gemeinsam mit der WOBAU (Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH), der MWG (MWG-Wohnungsgenossenschaft eG Magdeburg) und der Wohnungsbaugenossenschaft Otto von Guericke eG den derzeitigen Bauzaun aus Holz am neuen Domplatzviertel künstlerisch mit Magdeburger Motiven gestalten zu lassen.

7.5. Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität A0084/17

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

---

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Überweisung des Antrages A0084/17 in die Ausschüsse UwE, StBV und WTR – vor, der durch die Fraktion CDU/FDP/BfM um den Ausschuss FG ergänzt wird.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0084/17 wird in die Ausschüsse UwE, StBV, WTR und FG überwiesen.

7.6. Eilentscheidung Sanierung der MDCC Arena

A0091/17

Fraktion Magdeburger Gartenpartei

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0091/17 in die Ausschüsse StBV und FG – vor.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future!, spricht sich gegen den GO-Antrag der Fraktion Magdeburger Gartenpartei aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander erläutert die Intention des Antrages A0091/17.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass das Gutachten vorliegt und die entsprechende Drucksache dem Stadtrat am 08.06.2017 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Er stellt klar, dass es keine Baumängel gibt und das Stadion voll funktionstüchtig ist. Er führt weiter aus, dass nach Beschlussfassung des Stadtrates der Umbau des Stadions nicht in einem Schnellverfahren erfolgen wird.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke spricht sich gegen den GO-Antrag und gegen den vorliegenden Antrag A0091/17 aus und bezeichnet diesen als Populismus pur.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass es keine baustatischen Mängel im Stadion gibt.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, begrüßt im Namen seiner Fraktion die vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper angekündigte Drucksache und lehnt den Antrag A0091/17 ab.

Bezüglich der geäußerten Kritik des Vorsitzenden der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander zum Informationsfluss erklärt Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future!, dass man sich jederzeit beim Oberbürgermeister über den aktuellen Sachstand informieren kann.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion, plädiert ebenfalls für die Ablehnung des Antrages A0091/17.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 3 Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1419-041(VI)17

Der Antrag A0091/17 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Behebung der baustatischen Mängel in der MDCC Arena, der Heimspielstätte des 1. FC Magdeburg, sofort innerhalb eines Eilverfahrens in die Wege zu leiten und mit Baubeginn im Jahr 2017, durchführen zu lassen. –

wird **abgelehnt**.

- 7.7. Übergangsweise provisorische barrierefreie Haltestellen stadtwweit prüfen A0086/17  
 Stadtrat Müller und Stadtrat Hempel - Fraktion DIE LINKE/future!
- 

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0086/17/1 der SPD-Stadtratsfraktion vor.

Gemäß vorliegendem Antrag A0086/17 der Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1420-041(VI)17

Der Oberbürgermeister wird mit Blick auf das erfolgreich umgesetzte Exempel einer provisorischen barrierefreien Haltestelle im Bereich Damaschkeplatz beauftragt, im gesamten Stadtgebiet zu prüfen, welche Standorte (Haltestellen) sich für weitere derartige provisorische Übergangslösungen eignen. Dies ist bis Oktober 2017 zu gewährleisten.

Der vorliegende Änderungsantrag A0086/17/1 der SPD-Stadtratsfraktion wird in die Prüfung mit einbezogen.

- 7.8. Lutherlinde und Gedenktafel auf dem Ulrichplatz A0083/17  
 Fraktion Magdeburger Gartenpartei
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0083/17 in den Ausschuss FuG und in den BA SFM – vor, der die durch Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um die Ausschüsse K und StBV ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen:

Der Antrag A0083/17 wird in die Ausschüsse FuG, K, StBV und in den BA SFM überwiesen.

7.9.	Verband der „Gartenfreunde Magdeburg“ e.V. Rückforderung der Rücklaufgelder aus Pachtnachlässen in Höhe von 450.000 €	A0087/17
Fraktion Magdeburger Gartenpartei		

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0087/17 in den Ausschuss FG – vor.

Stadtrat Denny Hitzeroth, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages und bittet um Ablehnung des Antrages A0087/17 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 8 Jastimmen:

Der GO-Antrag der Fraktion Magdeburger Gartenpartei – Überweisung des Antrages A0087/17 in den Ausschuss FG – wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander erläutert die Intention des vorliegenden Antrages A0087/17.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann gibt den Hinweis, dass die Zahlen jeder Zeit einsehbar sind. Er hält es nicht für korrekt, das Problem hier im Stadtrat zu lösen und verweist auf den Gartenverband und deren Satzung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 3 Jastimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1421-041(VI)17

Der Antrag A0087/17 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei -

den Beschluss des FG126-069(IV)07 zur DS0176/07 aufheben zu lassen und nach der Sommerpause im Jahr 2017 dem Stadtrat eine Drucksache zum Beschluss vorzulegen, in der die Vergabe der Rücklaufgelder aus Pachtnachlässen, nach Rücksprache mit der Fachgruppe Kleingartenwesen, neu geregelt wird.

Die nicht der festgelegten Verwendung zugeführten Mittel der gewährten Rücklaufgelder aus Pachtnachlässen in Höhe von ca. 450.000 Euro vom Verband der „Gartenfreunde Magdeburg“ e.V. unverzüglich zurückzufordern und die Auszahlung der Mittel nach Eingang über die Fachgruppe Kleingartenwesen beraten und zur die Auszahlung an die Vereine bringen zu lassen. –

wird **abgelehnt**.

7.10. Grunds Schulbau in Ottersleben

A0079/17

Ausschuss BSS

---

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke bringt den Änderungsantrag A0079/17/1 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Heynemann bringt den Antrag A0079/17 ein.

Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion, macht darauf aufmerksam, dass es im vorliegenden Änderungsantrag A0079/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM richtig heißen müsste: „Der Antrag wird wie folgt **ersetzt**“ und bittet um eine redaktionelle Änderung.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann gibt den Hinweis, dass Grundstücksangelegenheiten nichtöffentlich behandelt werden. Er informiert im Weiteren über den derzeitigen Sachstand und verweist auf die Information I0100/17.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für einen Neubau einer Grundschule und gegen einen Anbau aus. Er ist weiterhin gegen die vorgeschlagene Umformulierung im Änderungsantrag A0079/17/1 der Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, verweist auf den klaren Beschluss des Stadtrates zum Schulneubau in Ottersleben. Sie argumentiert gegen den vorliegenden Änderungsantrag A0079/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM.

Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, unterstützt die Argumentation der Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future! und Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke nimmt zu den Ausführungen des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stellung. Er erläutert im Weiteren die Zielstellung des vorliegenden Änderungsantrages A0079/17/1 seiner Fraktion u.a. damit, dass die Raumsituation an der Schule verbessert wird.

Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion, zieht ihre Bitte auf redaktionelle Änderung im Änderungsantrag A0079/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM **zurück** und signalisiert im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE/future!, bemängelt, dass die Kinder in dieser Frage nicht im Vordergrund stehen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0079/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

**Punkt 2:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aktivitäten zum Erwerb des Grundstücks Alt Benneckenbeck, Flur 608; Flur 37/1; zu forcieren. Gleichzeitig sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Kapazitätserweiterung für die Grundschule Ottersleben an diesem Standort zu schaffen.

Gemäß Antrag A0079/17 des Ausschusses BSS **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0079/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM einstimmig:

Beschluss-Nr. 1422-041(VI)17

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Neubau an der Grundschule Ottersleben in der Amtsgartenstraße unverzüglich den B-Plan aufzustellen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aktivitäten zum Erwerb des Grundstücks Alt Benneckenbeck, Flur 608; Flur 37/1; zu forcieren. Gleichzeitig sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Kapazitätserweiterung für die Grundschule Ottersleben an diesem Standort zu schaffen.

**Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab.  
**(Anlage 9)**

7.11.	Verwendung von Schul- und Sportgebäuden	A0080/17
	Ausschuss BSS	

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Heynemann bringt den Antrag A0080/17 ein und bittet darum, diesen als Prüfantrag zu formulieren.

Gemäß modifizierten Antrag A0080/17 des Ausschusses BSS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1423-041(VI)17

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob in der Hauptsatzung verankert werden kann, wenn Schulgebäude oder Sportanlagen für die schulische oder sportliche Nutzung nicht mehr verwendet werden sollen bzw. einem anderen Träger übertragen werden sollen, den Ausschuss Bildung, Schule und Sport und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bei der Beschlussfassung zu beteiligen.

7.12. Ärztemangel entgegenwirken - Bevölkerungsversorgung optimieren! A0081/17

Fraktion LINKS für Magdeburg

---

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg Stadtrat Theile erläutert die Intention des Antrages A0081/17.

Gemäß Antrag A0081/17 der Fraktion LINKS für Magdeburg **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1424-041(VI)17

Der Oberbürgermeister wird gebeten in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung und ggf. weiteren zuständigen Ärzteorganisationen zu prüfen, ob und wenn ja, welche Anreiz- und Unterstützungsleistungen durch die Landeshauptstadt Magdeburg erbracht werden könnten, um die ärztliche Versorgung in Magdeburg zu optimieren bzw. auf einzelnen medizinischen Fachgebieten signifikant zu verbessern.

In diesem Zusammenhang wird der Oberbürgermeister gebeten auch zu prüfen, ob sich das in Osterburg (vergl. „Volksstimme“ v. 25.04.2017) auf den Weg gebrachte Anreizsystem auf die Landeshauptstadt Magdeburg in gleicher oder vergleichbarer Art anwenden lässt, sowie mit welchen Aufwendungen (auch finanziellen) dies verbunden wäre.

Der Oberbürgermeister wird ferner gebeten, über entsprechende Ergebnisse den Stadtrat zeitnah und vor den Beratungen zum Haushaltsplan 2018 zu informieren.

7.13. Zuweisungen an Grundschulen überprüfen A0089/17

Fraktion DIE LINKE/future!

---

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM und SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0089/17 in den Ausschuss BSS – vor.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle informiert über die Diskussion im Ausschuss BSS und der dort getroffenen Festlegung, dass erst einmal der Stichtag 30.06.2017 abgewartet werden soll und dann im August dem Stadtrat einen Zuschnitt der Schulen vorgelegt wird.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM und SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0089/17 der Fraktion DIE LINKE/future! wird in den Ausschuss BSS überwiesen.

- 7.14. Personelle Ausstattung an den Schulen verbessern, Anteil des nicht regulär gehaltenen Unterrichts reduzieren A0090/17  
Fraktion DIE LINKE/future!
- 

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0090/17 in den Ausschuss BSS – vor.

Gemäß vorliegenden GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0090/17 wird in den Ausschuss BSS überwiesen.

## 8. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch

---

### 8.1 Schäfer, Sebastian, Ziolkowskistraße 18, 39126 Madeburg

Mein Name ist Sebastian Schäfer, ich bin Mitglied der SPD, dem Ortsverein Magdeburg zugeordnet. Mir geht es um den Antrag A0021/17, da geht es um die Maßnahmen zur Verkehrssicherheit im Bereich Barleberstraße/Neustädter See. Hier gab es unter anderem schon eine Stellungnahme vom zugehörigen Ausschuss und auch eine Ergänzung. Leider ist daraus jetzt nicht so ganz ersichtlich geworden, welche Lösungsmöglichkeiten jetzt angeboten werden können, um eine Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Das Grundproblem ist, die Barleberstraße ist zum Ende hin eine 30er Zone. Leider ist es so, dass diese Geschwindigkeit nicht wirklich eingehalten wird und halt auch mit erhöhter Geschwindigkeit diese Straße befahren wird. Es ist auch so, dass die Bürgersteige recht marode sind und es halt schwierig ist, eine Sicherheit auch als Fußgänger zu haben. Und deswegen ist es die Frage, welche Möglichkeiten gibt es, oder umsetzen, um eine Verkehrssicherheit zu gewährleisten? Ein Beispiel wäre gewesen, als Möglichkeit Tempohemmschwellen zu errichten. Dies wurde abgelehnt, weil es mehrere Begründungen und Argumente dagegen für gibt. Die auch nachvollziehbar sind. Aber was kann man halt stattdessen machen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten? Das ist die Frage.

### Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann auf die ungeänderte Beschlussfassung zum o.g. des Stadtrates in seiner letzten Sitzung und die damit erfolgte Beauftragung der Verwaltung zur Installation von Tempohemmschwellen.

## 7.2. Friedrich, Liane, Milanweg 33, 39110 Magdeburg

Also wir sind zu dritt. Ich würde die drei Fragen für uns gemeinsam stellen. Sehr geehrter Stadtratsvorsitzender, sehr geehrter Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträte. Mein Name ist Liane Friedrich, wir haben noch ... *Frau Gudrun Grieser und Herrn Volker Hamann* ... wir sind Anwohner des Milanweges und wir würden jetzt in einer Kurzfassung schildern was unser Problem ist.

Wir sind seit unserem Einzug Ende 2014 in unsere Eigenheime, also seit 2 Jahren den wiederholten Lärmbelastigungen innerhalb der Ruhezeiten durch das Ökozentrum ausgesetzt. Die Lärmbelastigungen entstehen durch die Vermietung der Räume an Privat für Feiern. Wir wohnen nun gefühlt neben einer Diskothek. Ein Beispiel zum besseren Verständnis.

Freitag, 08. April 2016 gegen Mitternacht. Trotz geschlossener Fenster, also eigener Fenster und Rollläden und laufendem Fernseher, waren die Musik und die Bässe im gesamten Haus hörbar. Wir riefen die Polizei, die den Lärm auf ein erträgliches Maß reduzierte. Eigentlich sollte Nachtruhe herrschen. Somit wäre Zimmerlautstärke erlaubt. Im Jahr 2015, haben wir, weil wir es nicht besser wussten, ausschließlich die Polizei verständigt. Im Jahr 2016 haben wir dann ab April zusätzlich das Ordnungsamt per E-Mail über die Lärmbelastigung verständigt und führen auf deren Empfehlung seitdem ein Lärmprotokoll. Inzwischen stehen dort 13 Ruhestörungen innerhalb von 9 Monaten. April bis Dezember 2016. Letztendlich ist festzustellen, dass das Ordnungsamt keine Änderung der Situation herbeiführen konnte, weil die Ruhestörungen für das Öko-Zentrum folgenlos blieben. Ich habe auch zwei Gespräche mit Herrn Friedrich, Geschäftsführer des Öko-Zentrums persönlich geführt. Das Zweite war wenig erfreulich. Am 09. November durften wir unser Problem in der Bürgersprechstunde des OB vorbringen. Nach knapp 3 Monaten Bearbeitungszeit bekamen wir die Nachricht, dass die Vermietung auf außerhalb der Ruhezeiten beschränkt wurde. Dies hielten wir für einen guten Kompromiss für alle. Leider gab es daraufhin initiiert vom Öko-Zentrum zwei unschöne Artikel in der Volksstimme über Hausbesitzer, die sich angeblich durch Lärm gestört fühlen, es dadurch zu Einschränkungen der Vermietung durch die Stadtverwaltung kam und das Öko-Zentrum nun in seiner Existenz bedroht wäre. Die Beschränkungen wurden, wie wir aus der Volksstimme erfahren haben, von der Stadtverwaltung bis September ausgesetzt. Wir fürchten, dass die finanziellen Interessen des Öko-Zentrums und der Stadt offensichtlich über unseren Anwohnerrechten stehen. Wieviel Aufwand müssen wir noch betreiben, um zu unserem Recht zu kommen? Fragen sie Bürger nach dem Öko-Zentrum von denen die es kennen, antworten die meisten, da habe ich auch schon mal gefeiert. Inzwischen werden wir öffentlich verunglimpft. Wir fühlen uns zu Unrecht an den Pranger gestellt. Siehe Fotos... also wir haben jetzt hier zwei Fotos, schön in Sichtweise. ÖZIM bleibt – Milane kamen später! Milane kreisen einsam, wohnen in großen Horsten und feiern nie! Also ich glaube, das sprengt jetzt langsam den Rahmen!

Daraufhin hätten wir jetzt drei Fragen die wir stellen würden.

1. Das Öko-Zentrum hat nachweislich regelmäßig, also alleine 13 Ruhestörungen in 9 Monaten im Jahr 2016 gegen die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt MD verstoßen. Weiterhin hat es seine Räume jahrelang rechtswidrig vermietet. → Informationen aus der Bürgersprechstunde am 09. November 2016! Trotzdem hat die Stadtverwaltung die Vermietung der Räume für Feiern erlaubt. Daraus ergibt sich die Frage.

Welche Begründung gibt es für die Erlaubnis zur Vermietung nach derart vielen Verstößen?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In seinen Ausführungen legt der Beigeordnete Herr Platz, dass der Verwaltung das Konfliktpotenzial bekannt ist und informiert punktuell zum Ergebnis geführter Recherchen.

Dabei führt er aus, dass nach seinem Kenntnisstand von den 13 erfolgten Anzeigen nur zwei zu einem Ordnungswidrigkeitsverfahren geführt haben und begründet, dass hier nicht etwas von der Verwaltung unterlassen wurde, sondern die Beschwerden nicht berechtigt waren.

Im Weiteren informiert er über eine Vor-Ort-Begehung gemeinsam mit dem Umweltausschuss und der erfolgten Besichtigung der Räumlichkeiten am Standort. Hier wurden ihm mehrere durchgeführte Maßnahmen zur Lärmreduzierung erläutert, so u.a., dass Nutzer nur noch die durch das Öko-Zentrum gestellte Anlage, die mit einem Lautstärkelimiter ausgestattet ist, benutzen dürfen.

Insbesondere verweist er auf die Entscheidung der Verwaltung, vor dem Hintergrund der auch mit anderen Anwohnern geführten Diskussion, dem Öko-Zentrum eine Chance zu geben und die erteilte Restriktion erst einmal bis September/Okttober aufzuheben. Jetzt ist zu klären, welche Kontrollmaßnahmen bzw. Messungen vorgenommen werden und dann im Herbst zu entscheiden, wie weiter verfahren wird.

Der Beigeordnete Herr Platz legt dar, sich persönlich davon überzeugt zu haben, dass das Öko-Zentrum einen Teil seiner Refinanzierung aus der Untervermietung zieht. Dies könne nicht einfach ignoriert werden. Er legt dar, dass geprüft werden muss, ob es sich um eine ordnungsrechtlich relevante Lärmbelästigung handelt, und merkt an, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen hinsichtlich des Lärmpegels gibt. Dies zeigen die unterschiedlichen Reaktionen der Nachbarn zu dieser Problematik.

Nachfrage von Frau Friedrich

Erstens. Wenn man natürlich Anwohner fragt, die 150 m weiter weg wohnen, da sind ja drei Häuserreihen dazwischen. Hier sind wir Schallschutzmauern für die anderen. Wir wohnen nämlich direkt daneben. Und wir wurden nicht gefragt. Man hat natürlich die gefragt, die 150 m weit weg wohnen. Dann ist es so, dass was sie sagen, der Limiter, der wurde im Juli 2016 bereits eingeführt. Die Beschränkungen des Außenbereiches wurden bereits im April 2015 sozusagen, laut Hausordnung beschlossen. Und trotzdem kam es zu 13 Ruhestörungen. Ich kann ja nochmal vorlesen, ein Beispiel zum besseren Verständnis. Wir sprechen nicht von irgendwelchen lapidaren Sachen, sondern wir sprechen davon, dass trotz geschlossener Fenster und Rollläden und eigenem laufendem Fernseher die Bässe zu hören sind. Das ist keine Ruhestörung? Wenn Sie nicht schlafen können, ist das keine Ruhestörung?

Zweite Frage: Wie wir am Mittwoch, 10. Mai aus der Zeitung erfahren haben, wurden die Beschränkungen der Vermietung auf außerhalb der Ruhezeiten vom OB ausgesetzt. Soll ich das Zitat aus der VS, ich brauche es glaube nicht vorlesen, das kennt jeder. Nach einem Ortstermin einer zuständigen Behörde antwortete das Ordnungsamt uns bereits am 04. Juli 2016 auf 5 gemeldeten Ruhestörungen in Zitat „... wurde entgegen ihren Angaben (also unseren) eine grundsätzliche Lösung gefunden. Herr Friedrich, Geschäftsführer des ÖZ hat mir glaubhaft versichert, dass er daran interessiert ist, dass die Anwohner durch die Feierlichkeiten nicht belästigt werden.“ Anschließend kam es zu weiteren 8 Ruhestörungen. Musik im Außenbereich wurde bereits mit Hausordnung des ÖZ vom 09. April untersagt. Dokumentiert sind mindestens 4 Polizeieinsätze. Und die Polizei haben wir erst dann gerufen, wenn wirklich das Maß eigentlich übertoll war..

Von welchen Maßnahmen spricht die Stadtverwaltung und wie will sie sicherstellen, dass es zu keinen Lärmbelästigungen mehr kommen wird, obwohl das Grundproblem Vermietung für Feiern nicht gelöst wurde, sondern nur Beschränkungen in der Nutzung ausgesprochen wurden, diese aber nachweislich wirkungslos geblieben sind?!

Sie wollen jetzt wieder die bereits lange diskutierten Einsatzlimiter. Beschränkungen des Außenbereiches und Vermietung an Jugendliche sind ihre Maßnahmen. Das sind aber keine neuen Maßnahmen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seiner Beantwortung nimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper Bezug auf ein Gespräch mit Frau Friedrich und seine danach getroffene Entscheidung festzulegen, dass nach 22.00 Uhr keine Veranstaltungen stattfinden. Auf Grund der geführten Debatte von anderer Seite habe er seine eigene Verfügung bis Anfang September ausgesetzt um zu prüfen, ob die benannte Festlegung eingehalten wird oder weitere Beschwerden eingehen. Insbesondere verweist er darauf, dass seitens der Verwaltung für die Einhaltung der Regelungen der Lärmschutzverordnung Sorge getragen wird. Bei Nichteinhaltung werde die Verfügung ab September wieder in Kraft gesetzt.

Zur Nachfrage von Frau Friedrich, durch wen und durch was die Prüfung erfolgt führt der Oberbürgermeister aus, dass die Verwaltung auf Grund telefonischer Hinweise der Bürgerin und durch Messungen während stattfindender Veranstaltungen prüfen wird.

Weitere Nachfrage von Frau Friedrich:

Die Stadt hat durch den Verkauf der 24 Grundstücke ca. 2,03 Millionen Euro eingenommen. Abzgl. Erschließungskosten. Zusätzlich nimmt die Stadt jährlich ca. 6.000€ an Grundsteuer B ein. Angeblich fehlen dem Verein monatlich 500,00€.

Frage: Warum ist es nicht möglich, den Verein mit monatlich 500,00€ zu unterstützen um ihn wegen der Vermietung seiner Räume an dritte vor den zur Zeit herrschenden Verstöße gegen seine eigene Satzung § 12, Vereinsmittel zu bewahren, gleichzeitig das Lärmproblem für uns Anwohner zu lösen?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass die Geldfrage keine Rolle dabei spielt, ob eine Lärmbelästigung vorliegt oder nicht. Entscheidend sei, dass die Regelungen zur Lärmreduzierung eingehalten werden müssen.

7.3. Herr Dieter Renke, Hohendodeleberstraße 17, 39110 Magdeburg

Guten Tag meine Damen und Herren, ich habe nochmal eine Frage. Ich habe erstmal festgestellt, dass niemand als Erwachsener auf die Welt gekommen ist, dass wir alle mal Kinder gewesen sind. Und hier geht es wieder um das Thema Spielplatz.

Und wir wollen ja auch eine kinderfreundliche Stadt sein. Wo den Kindern geholfen wird und den Kindern nicht alles weggenommen wird.

Es geht jetzt wieder um die Beimssiedlung. Um wenigstens den einen Spielplatz wo die schöne ruhige Ecke ist, wo alles schön grün ist. Die Rasenfläche ist so groß, mit Spielplatz, dass auch eine Hundewiese Platz hat. Um die Frage geht es ja.

Die konkrete Frage ist, ich habe ein Schreiben bekommen und deswegen habe ich mich gemeldet, weil ich mit dem Schreiben nicht einverstanden bin. Weil nämlich die Privatvermieter ja nicht wirklich verpflichtet sind, fremde Kinder draufzulassen. Das ist ja nur Kulanz. Gehe ich mal von aus.

Und da war jetzt die Frage, ob nicht doch möglich gemacht werden kann, dass der Kinderspielplatz wieder hinkommt. Da in den Nachrichten kam, dass auch viele Fördergelder nicht abgerufen worden sind. Und da auch vielleicht eine Möglichkeit bestände?

#### Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann merkt einfühend an, dass in diesem Schreiben dargelegt wurde, für welche Kinderspielplätze die Verwaltung in dem Bereich zuständig ist, welche tatsächlich privat sind und dass es sich bei dem Geschilderten, tatsächlich unter Haftungsgesichtspunkten um eine Angelegenheit des Eigentümers handelt.

Herr Dr. Scheidemann sagt zu, gern zu versuchen, das Gespräch zu führen. Er macht darauf aufmerksam, dass schwerlich für eine kulante Handhabung separiert werden könne, aus welchen Wohnblöcken die Kinder kommen.

Insbesondere legt er dar, dass die Angelegenheit, auf Grund der Sicherungspflichten, Sache des Eigentümers der Flächen ist. Zum Hinweis des Bürgers, dass der Inhalt des Schreibens für ihn nicht zufriedenstellend sei, unterbreitet Herr Dr. Scheidemann den Vorschlag, ggf. nochmals nähere Ausführungen zu den öffentlichen und den privaten Spielplätzen zu machen.

#### 9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Aufgrund der Aktuellen Debatte werden alle Anfragen schriftlich beantwortet!

---

Aufgrund der aktuellen Debatte erfolgt die Beantwortung der vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung.

10. Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4  
KVG LSA
- 

- 10.1. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Absatz 4 I0120/17  
KVG LSA über die überplanmäßige Bereitstellung einer  
Verpflichtungsermächtigung für Maßnahme I 126166030 -  
Ertüchtigung der Anna-Ebert-Brücke als Behelfsbrücke
- 

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

11. Informationsvorlagen
- 

Die unter TOP 11.1 – 11.8 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Andreas Schumann  
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther  
Schriftführerin

- Anlage 1 - Redebeitrag der Fraktion DIE LINKE/future! zum TOP 5  
Anlage 2 – Präsentation von Prof. Dr. Schmidt, Berater Kulturhauptstadt und vom  
Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Prof. Dr. Puhle zum TOP 5  
Anlage 3 – Redebeitrag der Fraktion CDU/FDP/BfM zum TOP 5  
Anlage 4 – Redebeitrag der SPD-Stadtratsfraktion zum TOP 5  
Anlage 5 – Redebeitrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 5  
Anlage 6 – Redebeitrag der Fraktion Magdeburger Gartenpartei zum TOP 5  
Anlage 7 – Redebeitrag Fraktion LINKS für Magdeburg zum TOP 5  
Anlage 8 – namentliche Abstimmung zum TOP 6.1 – DS0479/16  
Anlage 9 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
zum TOP 7.10 – A0079/17

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Andreas Schumann

**Mitglieder des Gremiums**

Tom Assmann

Matthias Boxhorn

Thomas Brestrich

Rainer Buller

Jürgen Canehl

Marko Ehlebe

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Gerhard Häusler

Christian Hausmann

René Hempel

Sören Ulrich Herbst

Bernd Heynemann

Denny Hitzeroth

Jens Hitzeroth

Andrea Hofmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Karsten Köpp

Günther Kräuter

Dr. Klaus Kutschmann

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Oliver Müller

Andrea Nowotny

Bernd Reppin

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Hubert Salzborn

Chris Scheunchen

Jenny Schulz

Carola Schumann

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Birgit Steinmetz

Reinhard Stern

Frank Theile

Lothar Tietge

Dr. Lutz Trümper

Jacqueline Tybora

Oliver A. Wendenkamp

Alfred Westphal

Roland Zander

Monika Zimmer

**Geschäftsführung**

Silke Luther

**Abwesend**

Maik Aebi  
Helga Boeck  
Hugo Boeck  
Timo Gedlich  
Michael Hoffmann  
Daniel Kraatz  
Burkhard Lischka  
Mandy Loskant  
Gunter Schindehütte  
Beate Wübbenhorst